

S. Meyer) zwecks Abschluß einer Interessengemeinschaft. Doch wenn auch das eine oder andere dieser Projekte nicht zustande kommen sollte, so besitzt der Stinneskongress schon heute eine so riesenhafte Größe, wie sie einzig in der Welt dasteht!

Eine weitere gewaltige Reihe von Transaktionen plant der sogenannte „Kongress“, der neben Stinnes einer der größten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist. Wie gemeldet wird, soll eine Generalversammlung der Bochumer Gewerkschaft „Lothringen“, ein umfangreiches Unternehmen, die Umwandlung der Gewerkschaft „Lothringen“ in eine Aktiengesellschaft mit einem nominellen Kapital von 75 Millionen Mark beschließen. „Lothringen“ ist ein großer gemischter Betrieb, der außer einer Anzahl Kohlenzechen noch eine chemische Fabrik, Zement-, Sprengstoff- und Maschinenfabrik umfaßt. Diese Umwandlung soll den Mittelpunkt einer ganzen Reihe weiterer Transaktionen bilden, die alle darauf hinauslaufen, das Großkapital der rheinisch-westfälischen Industrie in wenigen Händen zusammenzufassen. Die Kapitalkonzentration wird auf die Spitze getrieben. Die Frage der Sozialisierung hört hier auf, diese „Frage“ zu sein: sie wird zum Gebot der Stunde, wo die Frage nach der gesellschaftlichen Delonomie vom Finanzkapital selbst gelöst ist.

Und so sehr auch die Stinnespresse versucht, gerade von diesem Hauptpunkt abzulenken und die erfolgte Kapitalkonzentration im Hinblick auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die sich aus den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages und der Gefahr der ausländischen Ueberfremdung ergeben, zu entschuldigen, so bleibt für uns die Frage der Sozialisierung angesichts dieses Reichtums die wichtigste. Denn ohne Zweifel wird die Macht des Kapitals im Kampfe gegen die Sozialisierung durch solche Zentralisation ungeheuer gestärkt. Auf dieser Basis wird der Endkampf um den Sozialismus sich abspielen: Dort das in reiner Form bestehende Finanzkapital, gerüstet durch seine wirtschaftliche Macht — hier die vereinte und organisierte Arbeiterklasse, die um so eher den sicheren Sieg erringen wird, je geschlossener sie in sich und je tiefer sie von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugt ist.

Die zensierte „Freiheit“.

In der von uns gestern abend gebrachten Mitteilung, daß an Stelle der Organisationsnachrichten aus den Abteilungen in der „Freiheit“ eine weiße Lücke geklärt habe, nimmt diese heute morgen Stellung. Empört schreibt sie:

Dieses Verhalten der Seher ist die Kamakura einer Zensur und hat mit dem Arbeitsverhältnis nichts zu tun. Denn über den Inhalt der „Freiheit“ können natürlich außer der Redaktion nur die politische Organisation der Partei, die von dieser eingesetzten Instanzen und die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ entscheiden. Die Handlungsweise der Seher schaltet also das Recht von Zehntausenden von Parteimitgliedern und der Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ vollkommen aus. Das ist um so eigenartiger, weil es sich nicht nur um eine kleine Zahl von Personen handelt, sondern auch deshalb, weil der Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ mit allen wegen einer Stimme beschlossenen hat, sich jeden Eingriff in die Rechte der Redaktion und der politischen Organisation zu enthalten und die Ausübung einer Zensur als über seine Befugnisse hinausgehend abgelehnt hat.

Weiter teilt die „Freiheit“ mit, daß ihre Geschäftsleitung den Versuch einer gütlichen Einigung unternahm. Da jedoch die Handseher an dem Verlangen der Ausübung der Zensur festhielten, ließ die „Freiheit“ die tariflichen Instanzen entscheiden, und auf Grund dieser Entscheidung wurde den widerspenstigen Handsehern eine Verwarnung ausgesprochen und bei fortgesetzter Arbeitsverweigerung die fristlose Entlassung in Aussicht gestellt. Trotzdem diese Entscheidung schon am Donnerstag nachmittag den Beteiligten bekannt war, findet sich am Freitag früh wieder der weiße Zensurfleck!

Die bayerischen U.S.P.-Abgeordneten Kenderl und Frau Achenbrenner haben sich für Kroatien erklärt und sind aus der Landtagsfraktion der U.S.P. ausgetreten.

Der Dieselmotor.

Das Verlangen der Entente auf Auslieferung oder Unbrauchbarmachung aller raschlaufenden Dieselmotoren hat diese Verbrennungskraftmaschine plötzlich in den Mittelpunkt der politischen Erörterungen gerückt. Aller Welt war der Dieselmotor auch vorher schon dem Namen nach bekannt; aber von seiner Eigenart und seiner technisch-industriellen Bedeutung wissen wohl im allgemeinen nur die Fachleute Näheres.

Der Dieselmotor ist eine deutsche Erfindung und seinem Grundgedanken nach das Werk des Ingenieurs Dr. Rudolf Diesel, der Ende September 1913 bei einer Ueberfahrt von Antwerpen nach London im Kanal auf rätselhafter Weise von Bord verschwand und zweifellos, jedoch aus unbekanntem Grund, Selbstmord begangen hat. Seine Leiche wurde nie aufgefunden. An der technischen Verwirklichung des Dieselmotors haben im Laufe der Jahre auch zahlreiche andere Ingenieure und Konstrukteure mitgewirkt, und zwar in einem Umfang, daß wiederholt Dr. Diesel das Verdienst an der Erfindung streitig gemacht worden ist, beispielsweise von Professor J. Lüders, der lange Jahre Lehrer für Maschinenbau an der Technischen Hochschule zu Aachen gewesen ist. In einem umfangreichen Werk „Der Dieselmotor“, „Quellenmäßige Geschichte der Entstehung des heutigen Dieselmotors“, hat Lüders den Beweis zu führen versucht, daß der heutige Dieselmotor durchaus nicht das Verdienst Diesels sei. Auch ein anderer hervorragender Techniker, Professor P. Meyer-Delitz ist zu dem Schluss gekommen, daß sich an der Ausgestaltung des jetzigen Dieselmotors eigentlich niemand ein Verdienst zurechnen kann, daß also auch Diesel kein Recht gehabt habe, das zu tun, weil das Moment, das den Motor gehen machte, die Zylinderkühlung, unter Umständen angebracht worden sei, die das besondere Verdienst eines einzelnen ausschließen. Rudolf Diesel selbst hat das Erscheinen des Lüderschen Buches nicht mehr erlebt und sich insoweit gegen die darin enthaltenen Vorwürfe nicht mehr verteidigen können. Aber man würde dem Andenken des verdienten Mannes Unrecht tun, wollte man auf diese an sich einwandfreien sachlichen Feststellungen hin dem verstorbenen Ingenieur das Recht an der Erfindung, die eine so große Bedeutung erlangt hat, absprechen. Denn von ihm stammt der grundlegende Gedanke, und von ihm ist der erste brauchbare praxispfähige Dieselmotor konstruiert worden, und es liegt im Wesen der modernen Technik, daß eine Erfindung niemals gewissermaßen fix und fertig wie Pallas Athene dem Haupte des Zeus entspringt. Wollte man diesen Grundgedanken im vorliegenden Falle umstoßen, so könnte man auch Willy Reich, George Stephenson nicht länger unter die großen technischen Erfinder rechnen. Denn unser heutiges Telefon und die moderne Schnellzuglokomotive haben mit den ursprünglichen Erfindungen der beiden Männer weit weniger gemein,

Die Not der Oederbrücker.

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 491 vom 20. Oktober 1920 einen Bericht über die Versammlung der Oederbrücker am 18. v. M. in Freienwalde a. D., in dem es u. a. wie folgt heißt:

„Besonders äbel vermerkt wurde, daß der Preussische Landwirtschaftsminister nicht nur nicht erschienen, sondern auch keinen Vertreter entsandt hatte.“

Hierzu teilt uns der Briefdienst des Preussischen Landwirtschaftsministeriums ausfolgendes mit:

Durch heltographisch hergestellte Rundschreiben vom 8. Oktober mit der Ueberschrift „Sehr geehrter Herr!“ war allerdings eine Einladung zu der für den 18. Oktober geplanten Landesversammlung sämtlicher bedrohter Landwirte des Oederbrucks an das Landwirtschaftsministerium ergangen. Da das zunächst beteiligte Ministerium für öffentliche Arbeiten, wie durch Rückfrage festgestellt wurde, seinerseits von einer Beteiligung in dieser Versammlung abließ, glaubte auch das Landwirtschaftsministerium von der Entsendung eines besonderen Ministerialkommissars absehen zu sollen, um so mehr als — wie auch aus dem bezeichneten Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ hervorgeht — der Regierungsdirektor Sieckmann und Vorstand an der Sitzung teilnahm, der die Interessen der landwirtschaftlichen Verwaltung nach jeder Richtung hin zu vertreten in der Lage war, was er auch durch seine Beteiligung an der Diskussion hinreichend bezeugt hat.

Der Aufstieg der Tüchtigen.

Beim Reichspatentamt sind z. B. mehrere etatsmäßige Ober-Beamtenstellen (technische Regierungsstellen) nicht besetzt. Die mittleren Beamten dieser Behörde traten daher an den Präsidenten des Patentamts, Herrn Geh. Oberregierungsrat Bobolitz, mit dem Ersuchen heran, diese freien Oberbeamtenstellen mit fähigen Angehörigen der mittleren Beamtenschaft zu besetzen. In einer Aussprache mit der Beamtenschaft gab der Präsident diese Möglichkeit „theoretisch“, wie er sich ausdrückte, zu, baute aber für die praktische Durchführung der Forderung, obere Beamtensstellen mit fähigen mittleren Beamten zu besetzen, allerlei formale und juristische Bedenken. In dieser seiner Auffassung wurde er durch die Vertreter der oberen Beamten geziemend unterstützt.

Dagegen geht man augenblicklich seitens der Leitung des Patentamts mit dem Gedanken um, eine dieser freien Oberbeamtenstellen mit einem, infolge der Personvermehrung aus der Reichswehr austretenden Major zu besetzen. Man stellte ihn zunächst als Anwärter für den Bureaudienst ein, um so auf diesem Umwege Gelegenheit zu nehmen, ihn nach ganz kurzer Ausbildung im mittleren Verwaltungsdienst in diejenige Oberbeamtenstelle hineinzubringen, die ihm, entsprechend seiner bisherigen gesellschaftlichen und militärischen Stellung, nach Auffassung der privilegierten Kreise unseres Volkes zukommt.

An den Reichsjustizminister Herrn Dr. Heineke, als den vorgelegten Anwärter des Reichspatentamts, rücken wir hiermit die Anfrage, ob er gewillt ist, den heute schon praktisch zur Strafe gewordenen „Aufstieg der Tüchtigen“ für bewährte, jahrzehntelang bei einer Behörde tätig gewesene fähige mittlere Beamte zur praktischen Durchführung zu bringen, wie es bei anderen Reflexen längst geschehen ist?

Gegen den Achtstundentag!

Die der „Dona“ mitgeteilt wird, haben die mitteldeutschen Handwerkskammern dem Reichsarbeitsminister eine Denkschrift überreicht, in der sie die Aufhebung des Achtstundentages für das Handwerk fordern mit der Begründung, daß die Handwerksmeister nach Arbeitslohn gewöhnlich selbständige Arbeiten ausführen und damit dem Handwerk eine umfangreiche Schmutzkonkurrenz machen.

Diese Begründung, mit der man dem Vorstoß gegen den Achtstundentag ein soziales Mäntelchen umzuhängen sucht, ist außerordentlich fadenförmig. Die mitteldeutschen Handwerkskammern sollten lieber für anständige Entlohnung der Handwerksleute sorgen; dann würden diese von selbst schon auf eine Mehrarbeit verzichten, der sie sich gewiß nicht zum Vergnügen aber aus Gründen der Schmutzkonkurrenz, sondern aus Not unterziehen.

Berichterstattung vom Parteitag.

In der Kreisversammlung des 13. Kreises, welche am Mittwoch den 20. v. M. bei Stecher in Mariendorf stattfand, referierte die Genossin Hopye über den Parteitag in Kassel. In eingehender Weise schilderte die Referentin die Verhandlungen; die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion bemängelte Genosse Marquardt, daß nach seiner Meinung die Schulfrage nicht genügend erörtert worden ist. Weiter bereiteten sich an der Diskussion die Genossen Panich, Horimann und Ewald; während Hartmann ausführte, daß wohl sachliche, aber keine praktische Arbeit geleistet ist, ist Ewald mit dem Verlauf und den Verhandlungen vollumfänglich zufrieden. An den Genossen wird es liegen, an Hand des Protokolls in unierem Sinne zu wirken, im Interesse der Partei und der Allgemeinheit. Genosse Hammer kritisierte die mangelhafte Waffenabgabe des Bürgerturns, besonders der Einwohnervereine. Im Schlußwort ergänzte die Referentin noch ihre Ausführungen. — Mit einigen anfeuernden Worten schloß Genosse Frau die erste Kreisversammlung, in der Hoffnung, daß der Besuch für die Zukunft noch bedeutend besser werden möge.

In der Parteiversammlung des Kreises Weidung erstattete der Delegierte Max Cohen (Neuh.) am Donnerstag ein Referat über den Parteitag. Seine Ausführungen waren eine nicht gerade günstige Kritik an den Arbeiten des Parteitages. Weiter in der Programmsache noch in der Agrarfrage nach auf dem Wirtschaftsgebiet sei eine Entscheidung herbeigeführt worden. Das sei kein Parteitag der Kraft, sondern ein Parteitag des Beharrungsvermögens gewesen. (1) Einen sehr breiten Raum widmete der Redner der Darlegung seines internationalpolitischen Standpunktes. Er betonte, von der Unabhängigkeit mit Frankreich hänge die Zukunft Deutschlands ab.

In der sehr regen Diskussion, an der sich Fuß, Patisch, Kadelich und Weide beteiligten, wurden die internationalpolitischen Bestrebungen von allen Rednern abgelehnt. Wenn auch vereinigt zugesehen wurde, daß manches, was Cohen sagte, beachtenswert sei, so ging doch die allgemeine Ansicht dahin, daß die Haltung Frankreichs — auch der französischen Sozialisten — leider keine Aussicht auf Verständigung biete, die wir als Sozialdemokraten natürlich wünschen, und zwar nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit allen anderen Nationen.

Die Diskussion soll am nächsten Freitag fortgesetzt werden. Einstimmig angenommen wurden zwei Resolutionen. Die eine erklärt sich mit dem Verlauf des Parteitages einverstanden und sagt, die Debatten auf dem Parteitag hätten gezeigt, daß nur die Sozialdemokratische Partei die soziale Revolution, in der wir uns befinden, reiflich verwirklichen kann. Von der Parteileitung und der Fraktion wird erwartet, daß sie alle Maßnahmen, um die Sozialisten an der Spitze der Bewegung zu bringen, sowie durchgreifende Maßnahmen zur Demokratisierung aller Verwaltungszweige durchzuführen. Ein Einritt in die Regierung ist nur dann zu billigen, wenn unsere Genossen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft durchsetzen können.

Die zweite Resolution fordert von der Reichstagsfraktion, daß sie den Rücktritt des Reichsernährungsministers Hermes mit allen parlamentarischen Mitteln erzwingt.

Die „D. S. M.“ versucht das allgemein verurteilte Verhalten der Illustrierten damit zu entschuldigen, daß ja auch der „Vorwärts“ munter Entfaltungen bringe. Außerhalb der Redaktionen der „D. S. M.“ und der „D. S. B.“ wird man allgemein begreifen, daß es anzuerkennen ist, ob man im öffentlichen Interesse von gewissen Dingen den Schleier zieht oder ob man über die verfassungsgemäßen vertraulichen Beziehungen des auswärtigen Ausschusses aus hohen Sensationsbedürfnis und zum Schaden des Landes irreführende Berichte veröffentlicht. Gegenüber solchen Ausschreitungen hat die Presse die Pflicht der Selbstzensur. Die Zensur war notwendig, hoffentlich bleibt sie nicht ohne Erfolg.

Kromme Wünsche. Heute ist der Geburtstag der früheren deutschen Kaiserin. Die Blätter der Reaktion bringen ihr Guldigungs- und Gedenkartikel. Das ist ihr gutes Recht, und wir würden mit keinem Wort dieser Lastige Erwähnung tun, wenn nicht einige Zeitungen die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die deutsche Republik benutzten. Der „Reichsbote“ irrt nur aus, was die andern altdeutschen Blätter denken: daß „Ihre Majestät“ wieder ins deutsche Vaterland zurückkommen möge. Da als Monarchin, sagt der „Reichsbote“ zwar nicht, aber das ist bei Blättern seines Schlages auch gar nicht nötig.

des Dieselmotors in den Tropen, besonders in Afrika, von großer Bedeutung ist. Ueberdies ist sein Brennstoffverbrauch gering und der flüssige Brennstoff verhältnismäßig leicht in das tropische Landinnere zu transportieren.

Kann man also Oele jeder Art und Herkunft im Dieselmotor verbrennen, so ist auch seine praktische Verwendbarkeit fast unbegrenzt. Schon vor dem Kriege hat man zahlreiche Schiffe an Stelle der ungemessen viel Raum beanspruchenden Dampfmaschinen mit Dieselmotoren betrieben, und von besonderer Bedeutung ist er während des Krieges für den Bau von Unterseebooten geworden, die ohne ihn überhaupt nicht denkbar wären. Das ist ja auch der Grund, weshalb die Entente Deutschland Bau und Verwendung von Dieselmotoren untersagen will. Wie weit die Verwendungsmöglichkeiten des Dieselmotors gehen, zeigt auch der Umstand, daß er bereits vor sieben Jahren zum Betrieb einer tausendpferdigen Schnellzuglokomotive verwendet worden ist, und ohne den Krieg wären die Versuche auf diesem Gebiet jedenfalls noch weiter fortgeschritten, als sie es bisher sind.

Für Deutschland ist der Dieselmotor heute um so bedeutungsvoller, als er uns vom Ausland in bezug auf die flüssige Brennstoffversorgung um so unabhängiger macht, je weiter die technische Ausnutzung der Kohle fortschreitet, und je mehr unsere Industrie im Verfolg der Umstellung der heimischen Kohlenwirtschaft dazu übergehen kann, Teerde für den Betrieb der Dieselmotoren zu verwenden.

Comjetrahaub in Wafat und Bild. Eine von der kommunistischen Partei veranstaltete Ausstellung, die ein anschauliches Bild der offiziellen Sowjetopinion (Bilder, Photographien, Plakate) über den Krieg liefert, ist vom 21. bis 31. Oktober im Gewerkschaftshaus, Saal I, statt und ist täglich von vormittags 10 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.

Die rickische Revolution. Ihre tiefen historischen Gründe, ihr Werden und ihre für uns ganz besondere Bedeutung schildert der Bremer Journalist Walter I. Guppel in einem sehr interessanten Buch, das bei E. V. Sol in Leipzig erschienen ist.

Ein Kalkbrennen- und Kalkstein-Abend mit Hans Wählhofer als Vortragendem wurde von der Kunstgemeinde Groß-Berlin am Montag in der Hochschule für Kunst veranstaltet. Die Vortragenden: Wählhofer und „Gauheilichung“ von Goethe; Die Kalksteine des „Schulz“, „Der Handhaken“ von Schiller, „Archibald Douglas“ von Fontane und andere gaben dem Vortragenden Gelegenheit, sich als Sprachkünstler von hoher Bekanntheit zu erweisen. Erfaßt, der nicht enden wollte! Auch hümmungsvoller Schalter der Beza in Hans Wählhofer. Es las zwei Kalksteine; Walter I. Guppel, eine hochschamobene Kalksteiner Episode aus dem dreißigjährigen Kriege, schloß ein durch seine charakterisierende Wählhofer.

Wahlhofer selbst im Bild. Der Kalksteiner Schindler, den Dehmel später einen „Kalkstein“ der entartenden „Kalksteine“ genannt hat, und den man nach diesem Worte zu einseitig beurteilt, soll jetzt großzügig verurteilt werden, wofür das Drama „Der Schrei“ herangezogen wird.

Warren Salzer beginnt die Reihe seiner „Kalksteine“ am Sonnabend, den 30. Oktober, im Künstlerhaus.

Wirtschaft

24 Proz. Dividende. Bei der Waggonfabrik G. Schlich u. Co. gelangt eine Dividende von 17 Proz. sowie Bonus von 7 Prozent zur Verteilung. Alle Aktien der Ausgabe in Höhe von 6 Millionen Mark nehmen an der Gewinnausschüttung zur Hälfte teil.

25 Proz. Dividende bei Capito u. Klein u. Co. Betriebsgewinn 6,5 (1,4) Millionen Mark. Handlungsunkosten 1,11 Millionen (813,877) Mark. Steuern 1,87 Millionen (316 154) Mark. Abschreibungen 145 208 (510 230) Mark. Reingewinn einschließlich Vortrag 8,71 Millionen (624 070) Mark. Dividende 25 (10) Prozent auf das verdoppelte Aktienkapital. Die Marktlage war während des abgelaufenen Jahres günstig, reichlicher Bedarf für die Erzeugnisse.

22 Proz. Dividende bei Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister u. Co. A.-G. in Bielefeld. Die Gesellschaft schließt mit einem Reingewinn von 645 000 (555 192) Mark. Hieraus sollen 22 Proz. Dividende verteilt werden. Dem Rechnungsführer zufolge bräute der allgemeine Niedergang der gesamten Industrie auch dem Betrieb der Gesellschaft seine Spuren auf, die sich in Verkleinerung des Auftragsbestandes, Verringerung der Nachfrage nach ihren Fabrikaten, Verzögerung der Lagerbestände ausdrückte. Aber für die Aktionäre ist es ob dem noch recht gut mit 22 Proz. Dividende gefordert worden!

Hein. Lehmann u. Co., A.-G. in Berlin. In dem Prospekt über die Zulassung von 2,8 Millionen Mark neuer Aktien bemerkt die Verwaltung, daß trotz der augenblicklichen Zurückhaltung bei den Verbrauchern es noch in letzter Zeit gelungen sei, recht bedeutende Aufträge zu erhalten, die auf längere Dauer eine gute Beschäftigung sichern, so daß, wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, auch im laufenden Jahre ein angemessenes Erträgnis zu erwarten steht. (Für 1919 gelangten 15 Proz. Dividende zur Verteilung.)

Freiermäßigung für Dachpappe. Der Verband Deutscher Dachpappfabrikanten u. S. hat die Großhandels-Nichtpreise für Dachpappe neuerdings wieder erniedrigt, und zwar auf folgenden Stand: für Dachpappe mit 80er Koppeneinlage 8,20 M., für 100er 6,70 M., für 150er 4,70 M., für 200er 3,70 M. für das Quadratmeter bei waggonweisem Bezug auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen gleiche Verzinsung ohne Abzug.

Groß-Berlin

Volontärassistenten.

Einem Handarbeiter wird es unfaßlich erscheinen, daß ein Arbeitgeber ihm zumuten könnte, eine Arbeit ohne irgendwelche Entschädigung zu leisten, einem „gelernten“ Arbeiter gar erschien solches Anerbieten als Vorzeichen völliger Verleumdung. — Den Kopparbeitern dämmert es allmählich, daß auch sie gegen solche Zumutungen zu protestieren haben, zumal in der gegenwärtigen Zeit die Bewertung der Arbeit entsprechend den Existenzbedingungen einem anderen Maßstab unterliegt.

In den staatlichen Krankenanstalten (Kliniken und Polikliniken) steigt die Zahl der betagteren und ambulanten Kranken ständig; die Untersuchung und Behandlung, sowie die Auswahl derselben für Lehrzwecke geschieht durch besoldete und unbesoldete (Volontär-) Ärzte; die übergroße Mehrheit bilden die Volontärärzte, von denen mehr als die Hälfte verheiratet sind. Sie stammen her aus solchen Kreisen, die durch die lange Kriegstätigkeit aus ihrem Wirkungsbereich herausgerissen wurden und das Bedürfnis empfinden, sich allgemein oder in einem Sonderfach wieder auszubilden, ferner aus solchen, die während des Krieges erst die Approbation erhalten hatten und sich der Lückenhaftigkeit der überlieferten Ausbildung bewußt sind, schließlich aus Ärzten, denen es die Ueberfüllung des ärztlichen Standes vorläufig unmöglich macht, sich selbstständig niederzulassen, zumal noch das Wohnungsmangel hindert im Wege steht!

Die unbilligsten Zustände in den bescheidenen Anstalten sind, mögen einige Zahlen zeigen. In den 7 Universitäts- und Charité-Kliniken sind 47 besoldete Ärzte vorhanden, denen 114 unbesoldete gegenüberstehen. Die Bettenzahl beträgt 954, für die 28 besoldete Stationsassistenten und 24 unbesoldete Volontäre zur Verfügung stehen; in den Polikliniken werden täglich durchschnittlich 1441 Kranke beraten, deren sich 14 besoldete und 60 unbesoldete Assistenten annehmen; wären die 14 Besoldeten allein, so müßte jeder täglich über 100 Kranke behandeln! Besonders trüb gestaltet sich das Bild in der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten in der Charité; 11 besoldete stehen 28 unbesoldete Ärzte gegenüber; in der Poliklinik werden die täglichen 450 Besucher von 4 besoldeten und 20 unbesoldeten Ärzten beraten. Die Hauptarbeit wird also von den Volontärassistenten — umsonst — geleistet. — Es ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit, diesen geistigen Schwerarbeitern, denen die Volksgesundheit größtenteils anvertraut ist, die Möglichkeit der Erziehung und damit der fortschreitenden Ausbildung zu gewähren.

Einer schleunigen Erledigung der Angelegenheit in diesem Sinne wird sich sicherlich auch der Finanzminister nicht widersetzen. Natürlich muß im ganzen Reich diese Frage in derselben Weise geregelt werden. Jeder soll arbeiten; aber jeder Arbeiter — auch dem Kapparbeiter — soll der angemessene Lohn für redliche Arbeit zuteil werden; wenn das nicht der Standpunkt der jetzigen Regierung ist, so ist es der Standpunkt jedes Sozialdemokraten.

Berliner Schloßeindbrecher.

Kraubzüge nach Pommern.

Eine wahre Landplage bilden seit geraumer Zeit Silberdiebe, die Schlösser und Herrnsitze der Landgüter in der Provinz heimsuchen. Sie haufen selber besonders in der Provinz Brandenburg und in Pommern. Neuerdings greifen sie gewerbs- und planmäßig die Provinz Pommern an. Zunächst treten sie vorwiegend in Hinterpommern auf. Erst kürzlich berichteten wir über die Festnahme eines gewissen Kuznetsov, der mit einem noch nicht ermittelten „Roboter“ in das Schloß Dersow bei Ramin einbrach und mit einer Beute von 100 000 M. nach Berlin gekommen war. Jetzt werden der Kriminalpolizei wiederum mehrere neue Einbrüche dieser Art gemeldet.

Die Eindbrecher fahren in der Regel mit den Abendzügen bis zur vorletzten Station, schleichen sich dann zur Nachtzeit an die Schlösser und Herrnsitze heran, bohren die Türschlösser an oder drücken eine Scheibe ein und machen dann heftig wache Beute. Wenn sie auch hin und wieder andere Sachen mitnehmen, wie wertvolle Teppiche, so haben sie es doch vor allem auf Silberzeug abgesehen. Mit der Beute fahren sie, wie die Mitteilungen ergeben haben, über Stettin nach Berlin. Unter den neuerdings wieder gemeldeten Einbrüchen dieser Art ist auch ein Einbruch in das Schloß Ruhnow zu nennen. Hier stahlen sie Silberzeug aller Art, Zeefannen, Rundenbecher, Kessel, Gabeln usw., alles Sachen, die ein Wappen und die Buchstaben v. D., A. v. D., R. v. D. und P. v. D. tragen. Auch silberne Serviettenringe mit den Namen Dietrich, Penkwart und Bantl nahmen sie mit. Die Verbrecher untersuchten, bevor sie das Schloß verließen, das Silberzeug sorgfältig auf seine Echtheit. Alles Inschießen ließen sie als für sie wertlos liegen. Weiter wurde eingebrochen auf den Gütern Wasentin und Kanneberg im Kreise Raugard. Hier stahlen sie das ganze Tafel Silber für 24 Personen. In Pommern suchten die Eindbrecher im Bezirk Anklam ein Schloß heim, in dem sie für 90 000 M. Silber stahlen, das v. S. mit Kronen gezeichnet ist.

Das überall gestohlene Silberzeug hat für die betroffenen Familien, abgesehen vom Metallwert, einen hohen Erinnerungswert. Leider wird es zum größten Teil in die Schweiz wandern. Auf diese Weise gehen Sachen zugrunde, die großen kulturgeschichtlichen Wert haben, nicht nur für die betroffenen Familien. Die Betroffenen zahlen für die Wiederherbeschaffung hohe Belohnungen. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Spiritusfälschungen im Millionenwerte.

Der vor einigen Tagen erfolgte Selbstmord des Berliner Rechtsanwalts Kellenbach im Untersuchungsgefängnis wird neuerdings in Verbindung gebracht mit großen Spiritusfälschungen, die von Holland aus in Szene gesetzt, aber in Deutschland vertrieben wurden. Unter den beschuldigten Personen befand sich auch der Rechtsanwalt Kellenbach, der verhaftet worden soll, mit Hilfe eines Angestellten der Berliner Brauereimonopolverwaltung, Wittmann mit Namen, sich in den Besitz der notwendigen Einfuhrbewilligungspapiere zu setzen. Das Unternehmen scheiterte aber an der Unachtsamkeit der Lebensmittelbeamten und die Kriminalpolizei schritt zu Verhaftung der kompromittierten Persönlichkeiten, die sich aus den verschiedensten gesellschaftlichen Kreisen zusammensetzten. Der hoffnungslose Stand seiner Angelegenheit dürfte nun den Rechtsanwalt in den Tod getrieben haben. Es soll sich um Spiritusmengen im Werte von vielen Millionen Mark gehandelt haben, bei denen für die beteiligten Schieber eine bedeutende Provision abgeflossen wäre.

„Soll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein auffälliges Inserat. In dem Inserat des 8-Uhr-Abendblattes in der heutigen Morgennummer sei auf verschiedene Anfragen geantwortet, daß es sich selbstverständlich nur um eine Geschäftsanzeige des genannten Hauses handelt, für die unsere Redaktion keinerlei Verantwortung trägt.

Vorträge der Treptow-Sternwarte. Sonnabend, den 23. Oktober, nachm. 8 Uhr: „Kometen, der Kollid und der „Eurytal“ (Vortrag mit farbigen Lichtbildern). Sonntag, den 24. nachm. 8 Uhr: „Das Berner Oberland“ (Album). 5 Uhr: „Gemeinschaft der Welt“ (Vortrag mit Lichtbildern). 7 Uhr: „An den Ufern des Rheins“ (Album). Dienstag, den 26. abends 7 Uhr: „Die Sonne und ihre Planeten“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Dr. Kohnenfeld).

Zum Problem „Jugend und Sexualreform“ (pricht am 20. Oktober im „Alteingang“ (Ebenholzstr.), Volldamer Str. 3, 8 Uhr abends, im Saal des Rautenschuh Dr. Felix Gummel vom Standpunkt der einschlägigen Schulreformer, Frau Auguste Kirschhoff, Bremen und Ernst Friedrich, Braunschweig, der „Freien Jugend“, Eintritt zur Dedung der Unkosten 1 M. freie Ansprache.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 23. Oktober.

- 16. Okt. Vorstandssitzung 7 Uhr bei Schuderl, Röhrenbörger Str. 3.
- 19. u. 20. Okt. 7 1/2 Uhr Paradiesgarten, Rantöberger Allee 155, Funktionärsitzung.
- 21. Okt. 7 Uhr bei Büchel, Oberthür. 45, Funktionärsitzung.
- 24. Okt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsleiter in der Reichs, Bantl, 60.
- Charlottenburg-Wandern, Kreis 7-8, Juristische Sprechstunde von 4 1/2-6 Uhr im Sekretariat, Mohrenstr. 4, L.

Gewerkschaftsbewegung

Afa und Internationalis.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erludt uns um die Veröffentlichung nachstehender Erklärung:

Die Delegiertenversammlung aller an die Afa angeschlossenen Verbände hat kürzlich in einer Rundschreibung grundsätzlich zur Frage des internationalen Zusammenschlusses der freigeberischen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Stellung genommen und sich für den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund bekannt. Es ist bei uns Grundsatze ist in jeder Situation und ohne Rücksicht auf Popularität der Angestelltenverbände jedes notwendige Anstrengung zu geben, so wurde in einer Entschließung die Kampfstellung der Afa gegen das Gewerkschaftszentrum in der Reichshauptstadt in Moskau mit aller Deutlichkeit festgelegt.

Einige in demut der Moskau fast erlösbare Phrasenrevolutionäre benutzen den Rest ihrer Lebenskraft, um in Versammlungen der Angestellten möglichst oft zu behaupten, die Afa hätte beschlossen, Kommunisten auszuscheiden. Ein solcher Beschluß ist und konnte niemals gefaßt werden. Es wäre für eine geistige Bewegung, wie sie in der Afa gegeben ist, unerträglich, politische oder sonstige Gesinnungen verbieten zu wollen. Wir sind aber auch fern von der Auffassung, daß die Weltanschauung des Kommunismus identisch wäre mit einer Erfüllung jener Forderungsbewertung in den Gewerkschaften, wie sie von den sogenannten „kommunistischen Zellen“ geleistet werden soll. Der Afa-Beschluß besagt, daß für Mitglieder, die solche in den Moskauer Theesen vorgeschriebenen gewerkschaftsfeindlichen Handlungen begehen, unentgeltlich unserer Organisation kein Platz sein kann. Bei Auslegung der Entschließung ist entscheidend, daß Handlungen des Mitgliedes gegen die Gewerkschaft vorliegen müssen, die von den in den Satzungen vorgesehenen Körperschaften untersucht werden.

Um die politische Gesinnung unserer Mitglieder werden wir uns nach wie vor nicht kümmern. Vielleicht versuchen die Berliner Untertanen von Moskau ihre geistigen Herren zur Anerkennung desselben Grundsatzes zu bewegen. Sofern sie aber in den Versammlungen der Afa bei Auslegung unserer Beschlüsse schwindeln, muß ihnen auf die Finger geklopft werden, wenn gleich nach dem Moskauer Katechismus in der Niederbringung der „frei gelben“ Gewerkschaften das Lügen und jedes andere Mittel ausdrücklich erlaubt sind.

Genossenschaftlicher Streik in der westdeutschen Sinnenindustrie.

Die Schiffmannschaften des Rhein-Rerne-Darminund-Emde- und Ems-Weser-Kanals hatten zu dem von den Arbeitgeber geübten Tarifvertrag zum 1. Oktober Anträge auf Lohn- und Gehaltssteigerungen eingereicht, welche nach zweimaliger Verhandlung von den Arbeitgebern gütlich abgelehnt wurden. Schon am 1. August waren Lohnsteigerungsanträge der Schiffmannschaften von den Unternehmern zurückgewiesen worden und ein vom Reichskommissariat Dortmund gefällter Schiedsspruch ebenfalls von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden, trotzdem das Schiedsgericht in der Lohnstreitfrage auf Arbeitgeberseite auf Vorschlag der Arbeitgeber befehlige Richter aufwies, ja sogar die Schiedsgerichtsbarkeit verschoben wurde, weil die „richtigen“ Arbeitgeberbevollmächtigten nicht erschienen konnten.

Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber ist zurückzuführen auf die Beschlüsse der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, sie wollen aus prinzipiellen Gründen keine Lohnsteigerungen zubilligen. Andererseits zwingen die Kosten der Lebenshaltung die Arbeiter, den Ausgleich durch Steigerung des Einkommens herbeizuführen. Zeiten wilder Profitwirtschaft waren gerade auf den westdeutschen Kanälen nach der Revolution zu verzeichnen. Die Schiffmannschaften lassen sich nicht abspesen. Die Arbeitseinstellung zur Durchsetzung der Lohnforderungen ist nur noch eine Frage von Tagen.

Verstärkt wird auf den Kanalfahrzeugen Holz, Zucker, Erze von Hannover und Emden nach dem Industriegebiet, Kohlen vom Ruhrgebiet nach Emden und Danneberg bis 30 000 Tonnen arbeitsfähig, ferner Holz, Braunkohle, Torf. Die plötzliche Einstellung des Schiffsverkehrs wird sich bald empfindlich bemerkbar machen.

Aus aller Welt.

Schwerer Automobilunfall. Donnerstag hat sich in Brann ein schwerer Automobilunfall ereignet. Der deutsche Bürgermeisterei-Stellvertreter Lunjocol erlitt dabei einen Bruch der Schädelbasis, sowie schwere Arm-, Bein- und Rippenbrüche. Er wurde in herbendem Zustande ins Spital gebracht. Der Bau- und Direktor Hylka wurde ebenfalls lebensgefährlich verletzt. Ein Herr Scheibel blieb auf der Stelle tot; zwei andere Mitfahrer wurden leicht verletzt.

Bei einer Explosion in den Kohlengruben von Lion Tchang wurden 422 Ruiss getödt.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Meier, Berlin. Verlag: Reichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Reichs-Verlag G. m. b. H. Berlin. Postamt: Charlottenburg. Postfach 1000. Preis: 10 Pfennig.

Damen-Konfektions-Haus

M. Kraus & Co. Berlin

Frankfurter Allee 50, Eckhaus Niederbarnimstr.

Blusen
Weile Seide Wollstoffe
von 19,75, 29,75, 39,50, 69,— usw. bis zu den elegantesten Ausführungen

Kostüm-Röcke
Wolle Sammet Seide
in haltbaren Stoffen von 29,75, 39,75 usw.

Moderne Kleider
Wolle Sammet Seide
von 175,—, 198,—, 295,— usw. in feinen, modernen Aufmachungen

Tanz-Kleider
ganz moderne fesche Macharten
von 295,—, 375,—, 498,— usw.

Kostüme
in vorzüglichen Stoffen
von 198,—, 265,—, 395,— usw. in schwarz, blau und farbig, große Auswahl

Praktische Mäntel
vollgriffige Qualität
von 98,—, 145,—, 169,—, 295,— usw.

Hellfarbete Ulster
Molliger Flauch
von 298,—, 395,— 495,— usw. bis zu den elegantesten Ausführungen

Ustrachan-Mäntel
ganz gefüttert
von 298,—, 595,—, 790,— usw. in großen Zeiten, bedeutende Auswahl

Plüsch-Mäntel
in verschiedenen Längen
von 495,—, 698,—, 975,— usw.

Seal-Plüsch-Mäntel
Prima Qualitäten
von 1075,—, 2450,—, 2850,— usw. in großer Auswahl

Velz-Mäntel
in verschiedenen Fellarten
von 2950,—, 3900,—, 4800,— usw. noch sehr günstiges Angebot

Rinder- und Badsch-Mäntel
für jedes Alter vorrätig
von 29,50, 49,—, 69,— usw. bis zu den besten Qualitäten in feinen Formen

